

Sozialdemokratische Gleichstellungspolitik braucht neue Leitbilder

von Uta M. Biermann, Kristina Augst, Bettina Martin, Christina Schildmann, Nancy Haupt, Katrin Münch, Kerstin Freudiger-Utke, Dorothea Steffen und Claudia Walther

Die Bundestagswahl 2009 markierte für die SPD in vielerlei Hinsicht einen historischen Einschnitt. Das schlechte Abschneiden bedeutete nicht zuletzt das (vorläufige) Ende einer Frauenpartei. In allen Wahlen zuvor wurde die SPD von mehr Frauen als Männern gewählt, verhalf die Unterstützung der Frauen der SPD mit zu ihren großen Wahlsiegen. Doch dieses Mal verweigerten gerade die jungen Frauen der SPD ihre Zustimmung. Nur noch 6 Prozent der Frauen zwischen 18 und 25 Jahren machten ihr Kreuzchen bei der Sozialdemokratie. Fast die Hälfte der Frauen, die noch SPD wählte, war über 60 Jahre alt. Ein Alarmsignal.

Für die Autorinnen dieses Papiers war es Anlass, sich an zwei Wochenenden in der Heimvolkshochschule Springe zu treffen, um sich jenseits des „Tagesgeschäfts“ Zeit für eine gemeinsame Analyse zu nehmen und über neue Ansätze für eine erfolgreiche Ansprache von Frauen zu diskutieren. Die Ergebnisse dieser „Springer Runde“ stellen wir hiermit gerne zur Debatte. Aus unserer Sicht gibt es eine Reihe von Ursachen, die sich z.T. bedingen und wechselseitig verstärken.

Die SPD wird oft als alt, weiß und männlich wahrgenommen. Nach wie vor beteiligen sich zu wenig jüngere Menschen, Menschen mit Migrationshintergrund und Frauen aktiv in der SPD – und wenn sie es tun, haben sie es noch immer schwerer, ganz nach vorne zu kommen. Im Ergebnis gibt es zu wenige „Köpfe“, die mit sozialdemokratischer Gleichstellungspolitik verbunden werden. Das betrifft auch die Männer: Wenn die SPD als Partei einer modernen Gleichstellungspolitik punkten und glaubwürdig die Vision einer partnerschaftlichen Gesellschaft verkörpern möchte, darf die männliche SPD-

Spitze das Thema nicht an einige prominente Frauen „delegieren“, sondern muss gemeinsam und sichtbar mit ihnen dafür streiten.

Oberflächlich betrachtet verkörpern wir zurzeit nicht das Bild einer Partei, die programmatisch für eine moderne Gesellschaftspolitik oder gar die Anliegen junger Frauen steht – auch wenn in unserer Programmatik viele richtige und fortschrittliche Positionen zur Gleichstellung formuliert und beschlossen sind. Es fehlen Menschen, die die (moderne) Lebenswirklichkeit repräsentieren, vorleben und als Übersetzerinnen zwischen Lebenswelten und Politik fungieren könnten. Da der SPD besonders die Frauen und Männer zwischen 30 und 45 fehlen, fällt es ihr schwer, die Erfahrungen dieser Lebenszeit programmatisch aufzunehmen und in ihre Gesamtkonzeption einzufügen. So wirkt auch die Sprache, in der wir über Frauen- und Gleichstellungspolitik diskutieren, oft dogmatisch und eng. Die SPD wird in diesem Politikfeld von vielen Frauen und Männern als „ideologisch“ und entsprechend an den Lebensrealitäten vorbei argumentierend erlebt. Sie erscheint als „von oben herab“ agierend, als besserwisserisch, gar bevormundend, kurz „maternalistisch“. Das ist möglicherweise auch eine Erklärung für die seit 1998 deutlich gesunkenen Kompetenzwerte der SPD im Bereich Frauen und Familie in Umfragen.

Wir sind als aktive, linke Sozialdemokratinnen sehr besorgt über diese Entwicklung, insbesondere, da wir für das Jahr 2013 eine echte Machtoption haben. Diese wird sich in Form eines Ergebnisses deutlich über 30 Prozent aber nur realisieren lassen, wenn es gelingt, eine weibliche Mehrheit anzusprechen und zu überzeugen. Dafür braucht es natürlich

mehr als einige gleichstellungspolitisch überzeugende „Köpfe“ an der Spitze, es braucht eine große Zahl an Frauen, die sich an der Basis oder in Form von Kampagnen im Wahlkampf für die SPD bzw. ihre Ziele engagieren.

Frauenbewegung heute – Das „Wir“ der Frauen hat sich ausdifferenziert

Das Wichtigste zuerst: Die Frauenbewegung ist eine der erfolgreichsten sozialen Bewegungen des letzten Jahrhunderts. Frauen hatten historisch gesehen noch nie so gute Chancen, ihr Leben selbstbestimmt zu führen. Im Durchschnitt sind die Qualifikationen der Frauen und die Möglichkeiten auf gleichberechtigte Beteiligung auf allen Ebenen gestiegen. Die juristische Gleichstellung der Geschlechter ist erreicht – dies war ein zäher und harter Kampf. Es fehlt aber immer noch an der faktischen Gleichberechtigung. Wir stellen fest: Wir sind noch nicht am Ziel!

Allen Erfolgen zum Trotz erleben Frauen die derzeitige Situation oft als ambivalent. Vieles ist möglich, doch die Belastungen sind häufig enorm. Die Koordination von Familie und Beruf stellt sich für viele als Addition von Aufgaben und Verpflichtungen dar.

Und: In Führungsetagen und Vorständen, in den oberen Gefilden der Gehaltstabellen, in Politik und Wissenschaft sind Frauen trotz formaler Gleichstellung noch immer eklatant unterrepräsentiert oder schlechter gestellt. Hier liegt noch jede Menge Arbeit vor uns.

Eine zentrale Herausforderung für die Sozialdemokratie, vor diesem Hintergrund eine schlüssige Gleichstellungspolitik zu formulieren, liegt paradoxerweise gerade in dem Fortschritt, den wir gemeinsam in den vergangenen Jahrzehnten erreicht haben. Die SPD hat in der Vergangenheit durch kämpferische und fortschrittliche Gleichstellungspolitik erheblich daran mitgewirkt, dass jungen Frauen heute eine Vielfalt von Lebensentwürfen offen-

steht, die sie mit großer Selbstverständlichkeit leben. Die daraus resultierende Individualität der Lebensentwürfe ist ein Gewinn für jede Einzelne – und macht es gleichzeitig schwieriger, kollektive Hürden und Grenzen gemeinsam erfahrbar zu machen, beziehungsweise sich gegenüber den Akteuren einer komplexen globalisierten Wirtschaft durchzusetzen und abzugrenzen.

Auch objektiv ist es heute schwierig geworden, von einem gemeinsamen „Wir“ der Frauen zu sprechen, denn natürlich unterscheiden sich Frauen nach Herkunft, Bildungsstand, Einkommen, sexueller Orientierung und der Frage, ob sie sich für Kinder entscheiden oder nicht. Daraus resultieren handfeste unterschiedliche Interessen.

Und dennoch: Bei aller Differenziertheit der Möglichkeiten und Lebenswirklichkeiten wirken im Leben von Frauen immer noch zahlreiche Barrieren: kulturelle und durch die Struktur der Arbeitswelt begründete genauso wie durch staatliches Handeln (Steuerrecht etc.) bedingte. Diese Barrieren führen dazu, dass Frauen im Durchschnitt weiterhin weniger verdienen, schlechtere Aufstiegschancen besitzen und insgesamt den Großteil der unbezahlten gesellschaftlichen Sorgearbeit erledigen. Kurz: Es gibt gute Gründe, den Kampf um faktische Gleichstellung der Frauen engagiert weiter zu verfolgen.

Um hier erfolgreich zu sein, müssen wir zwei zentrale Herausforderungen bestehen. Die erste Herausforderung besteht darin, ausgehend von den ausdifferenzierten Lebenslagen der Frauen, gemeinsame Interessen zu identifizieren und zu artikulieren. Darin wird die große Kunst eines neuen sozialdemokratischen gleichstellungspolitischen Entwurfs bestehen. Es ist fast müßig anzufügen, dass wir für einen solchen Entwurf auch progressive Männer – potenzielle Verbündete im Kampf gegen enge Geschlechterkorsetts – gewinnen müssen.

Die zweite Herausforderung besteht darin, mit diesem sozialdemokratischen Entwurf bei den (jungen) Frauen (und Männern) um Unterstützung zu werben, ohne schulmeisterlich zu wirken und ohne ihnen Grenzen einzureden, die sie selbst gar nicht (mehr) wahrnehmen. Das ist eine Frage der Haltung – und sie ist zentral für die politische Kommunikation.

Das zentrale gleichstellungspolitische Projekt liegt auf der Hand und lässt sich leicht aus der sozialdemokratischen Vergangenheit ableiten: Ziel sozialdemokratischer Politik ist die ökonomische Eigenständigkeit jedes erwachsenen Menschen bei einem gleichzeitigen solidarischen Miteinander. Unsere Handlungsmaxime ist und bleibt, dass jede/r Erwachsene in der Lage ist, für seinen eigenen Lebensunterhalt zu sorgen und eine eigene soziale Sicherung aufzubauen – als Voraussetzung für ein freies, selbstbestimmtes Leben. Dieses Ziel bedeutet Veränderungen und Herausforderungen für beide Geschlechter. Und es bedarf einer Solidargemeinschaft, also eines gut funktionierenden Sozialstaates, der die individuelle Lebensgestaltung absichert und, wo nötig, erst ermöglicht.

Dieses Anliegen ist anspruchsvoll – und nicht einfach zu vermitteln. Und es gibt zahlreiche Gegner: auf der einen Seite diejenigen, die familien- und geschlechterpolitisch in die 1950er Jahre zurückwollen, als Geschlechterrollen und die Arbeitsteilung in der Familie noch klar definiert und hierarchisch strukturiert waren, und auf der anderen Seite diejenigen, die Individualisierung als Gegenmodell solidarischen Handelns zu definieren versuchen. Um gegen diese Widerstände eine breite gesellschaftliche Bewegung zu organisieren und Mitstreiter/Innen zu gewinnen, braucht es eine mitreißende Vision von echter Gleichheit und Geschlechtergerechtigkeit. Die SPD-Programmatik enthält zahlreiche kluge und fortschrittliche gleichstellungspolitische „Instrumente“, doch ohne eine solche

Vision werden sie ihren Charme nicht entfalten können.

Als Teil einer solchen Vision möchten wir zwei Leitbilder formulieren, die aus unserer Sicht helfen (können), die Grundsätze unserer Politik plastischer zu machen und den Einzelmaßnahmen im Programm einen Zusammenhang zu geben. Es sind zwei Leitbilder, die an aktuelle Debatten anknüpfen und sich gleichzeitig logisch aus sozialdemokratischen Grundwerten ableiten lassen.

Erstes Leitbild: Gestalterin des Lebens

Ein Leitbild unserer Politik für Emanzipation ist, dass alle Menschen die Chance haben, ihr Leben nach eigenen Vorstellungen gestalten zu können. Dafür müssen die noch immer existierenden kulturellen, strukturellen und ökonomischen Barrieren verschoben werden.

Emanzipative Politik des 21. Jahrhunderts versteht Menschen als GestalterInnen ihres Lebens und frei von vermeintlich „natürlichen“ Rollenfestlegungen. Dies ist gerade heute wichtig zu betonen, da in den unübersichtlichen „Zeiten der Globalisierung“, offenbar im krisenhaften Bedürfnis, die Welt für sich im Kopf zu ordnen, die Idee von „natürlichen Ungleichheiten“ eine Renaissance erfährt. Unser Leitbild setzt dagegen die Überzeugung: Geschlecht und ethnische oder soziale Herkunft dürfen die Möglichkeiten der Menschen nicht einschränken.

Als GestalterInnen ihres Lebens müssen Frauen und Männer selbst entscheiden können, welchen Weg sie beschreiten wollen, in welcher Lebensform sie in welchem Lebensabschnitt leben wollen. Unser Leitbild respektiert die Diversität der Lebensentwürfe, es beinhaltet, dass es auch innerhalb einer Biographie verschiedene Phasen des Verhältnisses von Privatem und Beruflichem gibt. Ein solches Leitbild funktioniert nur, wenn die Politik entschlossen mithilft, die Barrieren zu beseitigen

und einen sicheren Rahmen für wirklich freie Entscheidungen schafft. Um mit unserem Leitbild durchzudringen, muss es uns gelingen, die von der aktuellen Bundesregierung oft beschworene „Wahlfreiheit“ als Phrase zu entlarven, hinter der sich hartnäckig ein konservatives Familien- und Geschlechterbild hält. Es ist die Aufgabe staatlichen Handelns, dafür zu sorgen, dass alle Menschen die Chance auf gesellschaftliche Teilhabe und Gestaltung ihres Lebens besitzen.

Das zweite Leitbild emanzipativer Politik: das Prinzip der Partnerschaftlichkeit.

Unser zweites Leitbild ist eine Gesellschaft, die kulturell von einer partnerschaftlichen Rollenverteilung im alltäglichen Miteinander geprägt ist.

Der Gedanke der Partnerschaftlichkeit nimmt für uns keinesfalls nur die Kernfamilie oder gar Zweierbeziehung in den Blick. Zu den Partnerschaften gehören der Freundeskreis, die Nachbarn, die ArbeitskollegInnen. Menschen befinden sich immer in einer ganzen Reihe von Gemeinschaftsbezügen.

In diesem weit gefassten Sinne kann uns das Leitbild der Partnerschaftlichkeit helfen, eng gefasste Rollenbilder zu überwinden und positiv an die Lebensrealität der Frauen anzuknüpfen.

Das Prinzip der partnerschaftlichen Lebensgestaltung ist für uns das Gegenmodell zu Beziehungen, die durch Abhängigkeiten geprägt sind. Bei aller gegenseitigen Fürsorge darf das Ende einer partnerschaftlichen Beziehung nicht zum sozialen Absturz eines/r Partners/ Partnerin führen. Letztlich muss der Staat als Partner (letzter) Garant für stabile Gemeinschaft Bezüge sein. Im Falle des Auseinanderbrechens von Familienbezügen oder des Fehlens von Gemeinschaftseinbindung, zum Beispiel aufgrund von Flucht, sichert staatliches Handeln Individuen oder Familienteile ab

– und bietet damit eine wichtige Leitplanke für die Freiheit jedes/r einzelnen.

Das Prinzip Partnerschaftlichkeit bedingt eine Entschleunigung der Arbeitswelt und eine Neuordnung der Entgeltstrukturen. Partnerschaftlichkeit fordert Arbeitszeiten, die eine Balance von Beruf und Privatleben zulassen sowie existenzsichernde Beschäftigung, mit denen alle Partnerinnen und Partner in der Lage sind, ihren gleichberechtigten Part in der Partnerschaft auch zu realisieren.

Das Prinzip Partnerschaft heißt nicht zuletzt, Respekt und Wertschätzung für die Leistung der anderen und ihren Beitrag zum funktionierenden Gemeinwesen zu haben – in diesem Sinne schützt und stützt es die Unterschiedlichkeit der Lebensentwürfe und führt uns weit weg von dem immer wieder vorgebrachten Argument, Gleichstellungspolitik sei „Gleichmacherei“. Im Gegenteil: Nur auf der Basis gleicher Rechte können wir Gestalterinnen unseres Lebens sein und uns als Partnerinnen und Partner auf Augenhöhe begegnen. Damit wären wir einen großen Schritt weiter!

Was steht unserer Vision heute im Weg?

Ökonomische Barrieren

Die Arbeitswelt hat sich radikalisiert, sie hat von allem Besitz ergriffen und ist zum scheinbar einzigen sinnstiftenden Element der Gegenwart geworden. Die Entgrenzung von Arbeit, die enorme Verdichtung der Arbeitsprozesse sowie die damit verbundenen Zwänge im Berufsleben treffen alle und machen besonders ein partnerschaftliches Zusammenleben in der Familie schwierig und zu einer ständigen Herausforderung. Der den ganzen Menschen absorbierende Arbeitsmarkt wirkt antiemanzipativ, in vielerlei Hinsicht, aber besonders in Hinsicht auf die Geschlechterverhältnisse. Da er den ganzen „Mann“ (beziehungsweise die ganze Frau) fordert, bestärkt und zementiert er das Modell des (männlichen) Alleinernäh-

ners, er erschwert die gleichberechtigte Aufteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit. Er drängt sogar Paare, die mit anderen Ansprüchen eine Familie gegründet haben, in eine klassische Rollenverteilung, und schränkt die beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten und die eigenständige Absicherung (mindestens) einer/s der beiden deutlich ein.

Kulturelle Barrieren:

Nach wie vor begrenzen auch gesellschaftlich manifestierte Rollenbilder die Lebensmöglichkeiten. Trotz unbestritten guter Qualifikationen, formaler Gleichstellung und hoher Kompetenz erfahren Frauen noch immer „gläserne Decken“, die in einem unübersichtlichen Mix aus Zuschreibung von „weiblichen“ Eigenschaften und funktionierenden Männer-Netzwerken den Weg in die Führungsetagen und zu politischer Macht verbauen.

Ein besonders offensichtlicher „Scheidepunkt“ ist dabei die Familiengründung. Insbesondere in den westdeutschen Bundesländern wechselt die Frau vielfach auf (kurze) Teilzeit oder scheidet ganz aus der Berufstätigkeit aus. Das ist einerseits darin begründet, dass Frauen einen „doppelten Lebensentwurf“ haben, der dem Privaten wie dem Beruf gleichermaßen Bedeutung beimisst und für sie identitätsstiftend ist. Andererseits wird unterschwellig noch immer von ihr erwartet, dass sie sich um das Wohl des Kindes sorgt und hauptverantwortlich den Haushalt schmeißt. Das modernisierte Frauenbild beinhaltet die Erwartung, dass Frauen sowohl beruflich erfolgreich als auch fürsorgliche Mütter sind.

Strukturelle Barrieren

Ein großes Problem auf dem Weg der Frauen, eine eigene ökonomische Absicherung zu erreichen, ist, dass der Staat im Rahmen seiner Familienpolitik widersprüchliche Anreize setzt. In den verschiedenen Lebensphasen werden zum Beispiel durch das Steuerrecht kurzfristige

ökonomische Vorteile geschaffen, die langfristig einer eigenen ökonomischen Unabhängigkeit im Wege stehen. Da diese ökonomischen Vorteile in der Realität vielfach die einzige Möglichkeit sind, den Lebensunterhalt für eine Familie zu sichern, entwickelt sich dies zu einer strukturellen Barriere für eine faktische Gleichstellung der Geschlechter. Stattdessen brauchen wir eine konsistente Lebenslaufpolitik, die sich am Ziel der eigenständigen ökonomischen Absicherung aller orientiert.

Auch die nach wie vor vielfach mangelhafte Betreuungssituation ist eine weitere strukturelle Barriere. Darum bleibt der Ausbau der Kinderbetreuung und der Ganztagschulen von zentraler Bedeutung. Dagegen wäre die Einführung des Betreuungsgeldes ein weiterer Baustein dieser Barrieren.

Einladung zur Debatte

Es gibt wie eben beschrieben mächtige Gegeninteressen, die einem selbstgestalteten und partnerschaftlichen Leben bewusst entgegenstehen. Wir denken, dass es für einen breit getragenen Fortschritt in der Gleichstellungspolitik nicht nur einzelner Instrumente bedarf, sondern einer Idee, einer Vision, einem Leitbild von einem anderen Leben.

Wir freuen uns auf die Diskussion! ■

⇒ Dr. Uta M. Biermann ist Organisationsberaterin bei Wert.Arbeit Berlin – Gesellschaft für Arbeit, Chancengleichheit und Innovation und Koordinatorin des Netzwerks FrauenZeiten.

⇒ Dr. Kristina Augst ist Studienleiterin des Religionspädagogischen Instituts (RPI) der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (EKHN) und Koordinatorin des Netzwerks FrauenZeiten.

⇒ Bettina Martin ist Leiterin des Büros der Stellv. Parteivorsitzenden Manuela Schwesig.

⇒ Christina Schildmann ist Referentin im Forum Politik und Gesellschaft der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES).

⇒ Nancy Haupt ist Mitarbeiterin der Bundestagsabgeordneten Elke Ferner, Koordinatorin des Barcamp Frauen und spd-fem.net.

⇒ Katrin Münch ist Referentin für Planung und Strategie beim SPD-Parteivorstand.

⇒ Dr. Kerstin Freudiger-Utke ist Referentin für Familien und Gesellschaftspolitik beim SPD-Parteivorstand.

⇒ Dr. Dorothea Steffen ist freie Lektorin in Berlin.

⇒ Claudia Walther ist Projektmanagerin der Bertelsmann Stiftung im Programm Integration und Bildung.